



Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Protokoll

der Plenumssitzung des Integrationsbeirats
am 5. Juni 2024 um 19.00 Uhr im Haus des Sports

Amtsleiter Arne Dornquast begrüßt die Anwesenden zur Plenumssitzung. Er leitet über zu der vorliegenden Tagesordnung:

- | | |
|--------------|---|
| TOP 1 | Begrüßung, Abfrage zur Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21. Februar 2024 |
| TOP 2 | Vorstellung der von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen wahrgenommenen Aufgaben |
| TOP 3 | Austausch zu weiteren integrationspolitischen Themen der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen |
| TOP 4 | Verschiedenes |

TOP 1: Begrüßung, Abfrage zur Tagesordnung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21. Februar 2024

- Begrüßung durch Herrn Dornquast.
- Vorstellung der neuen Mitglieder: Herr Ekrem Sentürk (neues reguläres Mitglied aus Altona) und Herr Ananda Rupasinghe (neues Vertretungsmitglied aus Eimsbüttel).
- Das Protokoll der letzten Sitzung vom 21. Februar 2024 wird ohne Änderungen genehmigt.
- Es gibt keine Ergänzungen zur Tagesordnung.
- Herr Dornquast übergibt das Wort an Frau Senatorin Karen Pein.

TOP 2: Vorstellung der von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen wahrgenommenen Aufgaben

Frau Senatorin Pein führt in das Thema ein und stellt das Aufgabenportfolio der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) vor (Anl. 1) und beantwortet nachfolgend Fragen:

- Auf Nachfrage aus dem Integrationsbeirat führt sie aus, dass kaum Wohnraum verfügbar sei. Der Leerstand belaufe sich auf 0,4%. Das Hauptproblem seien derzeit die gestiegenen Baukosten; diese Preissteigerung mache den Bau von günstigen Mietwohnungen für private Investoren wenig attraktiv.

- Wohnungstausch: Die BSW hat eine Anlaufstelle eingerichtet, an die sich Personen, die in Hamburg leben und eine kleinere, geeignetere Wohnung suchen, wenden können ([Wohnungswechsel, Koordination - Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen - hamburg.de](http://Wohnungswechsel.Koordination-Behorde-fur-Stadtentwicklung-und-Wohnen-hamburg.de)). Das städtische Wohnungsunternehmen SAGA bietet darüber hinaus ein spezielles Angebot zum Wohnungstausch für ihre Mieterinnen und Mieter an ([Unser Tauschprogramm für SAGA Mieterinnen und Mieter](http://Unser-Tauschprogramm-fur-SAGA-Mieterinnen-und-Mieter)) Außerdem hat die SAGA ein Wohnungsprogramm für Seniorinnen und Senioren ins Leben gerufen ([Wohnen für Seniorinnen und Senioren \(saga.hamburg\)](http://Wohnen-fur-Seniorinnen-und-Senioren-saga.hamburg)). Es habe sich aber gezeigt, dass das Interesse am Wohnungstausch relativ gering sei. Letztendlich würden sich doch nur wenige Seniorinnen und Senioren final für einen Wohnungstausch entscheiden.

TOP 3: Austausch zu weiteren integrationspolitischen Themen der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

1. Vergabe von Mietwohnungen durch die SAGA Unternehmensgruppe

- Herr Wittstock von der SAGA Unternehmensgruppe stellt das dreistufige AGG und Datenschutz zertifizierte Verfahren zur Wohnungsvergabe vor (Anl. 2): Im ersten Schritt werden Wohnungssuchende anhand der selbst aufgegebenen Kriterien und dann per automatisiertem Verfahren (Zufallsprinzip) zur Wohnungsbesichtigung eingeladen. Wenn der/die Wohnungssuchende nach Besichtigung Interesse an einer Anmietung signalisiert, prüft die SAGA im zweiten Schritt die Angaben zum Haushaltseinkommen des Interessenten bzw. die Sicherstellung der Mietzahlung durch Dritte und im dritten Schritt wählt ein mehrstufiges Gremium eine Interessentin bzw. einen Interessenten aus. Auswahlkriterien für die Entscheidung sind das dann nachzuweisende Haushaltseinkommen zur Absicherung der Mietzahlung, die Schaffung einer sozial ausgewogenen Nachbarschaft sowie die Umsetzung der Inhalte des Kooperationsvertrages mit der FHH.
- Ziel des (z.T. automatisierten) und mehrstufigen Systems ist es, maximale Transparenz bei einem gleichzeitig hohen Datenschutzniveau zu schaffen und die Wohnungsvergabe rechtmässig zu gestalten.
- Die SAGA unterhält zudem ein Hinweisgebersystem, um für die Einhaltung der strengen Compliance-Regeln des Unternehmens Sorge zu tragen. Ein unabhängiger Vertrauensanwalt ist Ansprechpartner für Hinweisgeber in Fällen von Diskriminierung und anderweitigem Fehlverhalten innerhalb der SAGA (siehe [Hinweisgebersystem \(saga.hamburg\)](http://Hinweisgebersystem-saga.hamburg)).
- Die Senatorin bittet um konkrete Hinweise im Diskriminierungsfall, nur so könne den Verdachtsfällen nachgegangen werden, um diese aufzuklären. Es schließt sich eine Diskussion an:

Kritikpunkte und Anregungen

- Die erforderliche Online-Registrierung stelle für viele Migrantinnen und Migranten eine Hürde dar. Herr Wittstock führt hierzu aus, dass eine Registrierung auch telefonisch oder über Terminals in den SAGA-Geschäftsstellen möglich sei.
- Wenn die Priorisierung der Wohnungsvergabe ausschließlich nach dem Zufallsprinzip und über die (selbst festgelegten) Suchkriterien erfolge und die Wartezeiten nicht berücksichtigt werden, führe dies dazu, dass manche Menschen jahrelang auf Wohnungssuche seien.

- Hier sehen einige Beiratsmitglieder eine Ungerechtigkeit im System. Herr Wittstock zeigt Verständnis, allerdings wird der Zeitpunkt, seit wann jemand eine Wohnung sucht, durch die aufgezeigten Löschrufen immer wieder verfälscht. Er führt aus, dass das größte Problem aber darin bestünde, dass die SAGA ohnehin nur einem kleinen Teil der Wohnungssuchenden gerecht werden könne: die Nachfrage nach SAGA-Wohnungen übersteige derzeit das vorhandene Angebot bei Weitem: auf 100.000 registrierte Wohnungssuchende kämen jährlich ca. 7.000 Neuvermietungen (wovon wiederum mehr als 2.000 Wohnungen an vordringlich Wohnungssuchende über den Kooperationsvertrag vermietet werden), die Fluktuationsrate sei extrem niedrig. Dies sei für alle Wohnungssuchenden gleichermaßen schwierig.
- Gerade für Migrantinnen und Migranten stelle die Aufforderung per E-Mail, bereits nach drei Monaten eine Aktualisierung der Daten vorzunehmen und aktiv die Suchanfrage zu verlängern, eine Hürde dar. Auch sei vielen Menschen nicht bewusst, dass nach weiteren drei Monaten der Inaktivität eine Deaktivierung der Suchanfrage erfolge, sofern der Interessent sein Gesuch nicht bestätigt bzw. in Immomio aktiv war. Herr Wittstock berichtet dazu, dass die SAGA derzeit prüfe, ob man die Betreffzeile bei der nach drei Monaten Suchaktivität versendeten Erinnerungsmail deutlicher formulieren könne.
- Um den Prozess der Wohnungsvergabe für Menschen mit Sprachbarrieren besser verständlich zu machen, regt ein Beiratsmitglied an, Erklärvideos (bei YouTube) zu erstellen, in denen der Prozess verständlich und ohne Worte bzw. mehrsprachig erklärt wird.
- Es wird außerdem angeregt, Migrantinnen und Migranten in die finale Wohnungsvergabe einzubinden, die derzeit im Rahmen eines mehrköpfigen Auswahlgremiums in den SAGA-Geschäftsstellen erfolgt. Möglich wäre ein Diversitätsrat, der der SAGA beratend zur Seite steht. So solle sichergestellt werden, dass es zu keinen Diskriminierungsfällen bei der Wohnungsvergabe komme. Dieses Vorgehen lehnt die Senatorin aus diversen Gründen ab: Man habe das System der Wohnungsvergabe durch die Einführung der Mehrstufigkeit und des z.T. digitalen Auswahlverfahrens so gestaltet, dass es maximal diskriminierungsfrei sei. Da die Auswahlgremien zudem alltägliche Praxis der SAGA-Beschäftigten seien und täglich Entscheidungen zu treffen sind, sei es auch organisatorisch schwer umsetzbar, Ehrenamtliche mit einzubinden. Würde man außerdem den migrantischen Communities hier ein Mitspracherecht einräumen, müsste anderen Interessengruppen ebenfalls ein Mitspracherecht zugestanden werden. Darüber hinaus berührt das Verfahren sehr persönliche Daten der Interessenten sowie SAGA interne Daten zur Miethöhe, daher gibt es auch datenschutzrechtliche Bedenken.
- Von Seiten der Beiratsmitglieder wird um eine Rückmeldung dazu gebeten, wie divers die Personalstruktur der SAGA ist und speziell, wie divers die Entscheidungsebenen der SAGA aufgestellt sind.
- Die SAGA teilt hierzu mit:
Die Personalstruktur der SAGA ist vielfältig. Rund 50% der Führungskräfte sind weiblich. Die Mitarbeitenden sind zwischen 18 und 67 Jahre alt. Die Schwerbehindertenquote liegt bei 4,3%. Weitere Daten werden zum Schutz der Arbeitnehmerdaten nicht erhoben.

2. Vielfalt als Bestandteil der Integrierten Stadtteilentwicklung (u.a. Vorstellung des RISE-Programms, Beteiligungsmöglichkeiten bei Planungen und Quartiersbeiräten)

- Der TOP entfällt aus Zeitgründen.

Verabredungen:

- Die Präsentation (Anl. 3) sowie der RISE-Sozialmonitoring-Bericht 2023 (Anl. 4) werden dem Protokoll beigelegt.
- Frau Faber (BSW) bietet an, zu dem Thema noch einmal gesondert mit dem Integrationsbeirat ins Gespräch zu gehen.
- Sie ist insbesondere an einem Austausch zur höheren Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an Stadtteil- und Quartiersbeiräten interessiert.

TOP 4: Verschiedenes

Bericht aus dem Sozialausschuss am 30. April

- Der Sozialausschuss hat sich in seiner Sitzung am 30. April unter Top 2 und Top 3 mit dem Integrationsbeirat befasst:

Drs. 22/13526 Bericht an die Bürgerschaft Bericht über die Arbeit des Hamburger (Landes-)Integrationsbeirats der 22. Legislaturperiode zur Mitte seiner Amtszeit (Bericht Senat)

Drs. 22/13755 Damit die Integration gelingt – Der Integrationsbeirat darf nicht nur Feigenblatt für eine nicht gelebte Integrationspolitik des Senats sein! (Antrag CDU)

- Frau Partoshoar und Herr Akbulut haben als Gäste an der Ausschusssitzung teilgenommen.
- Im Top 1 des Ausschusses (Situation der geflüchteten Menschen aus der Ukraine in Hamburg (Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft) wurde über die Versorgungslage in Hamburg diskutiert.
- Eine besondere Herausforderung liegt in der Gestaltung des Übergangs aus der örU in privaten Wohnraum. Aus dieser Diskussion heraus ist der Vorschlag entstanden, dass der Integrationsbeirat Ideen und Empfehlungen für den Übergang von der örU in privaten Wohnraum erarbeitet, um den Prozess zu unterstützen.

Weitere Sitzungsplanung

- Die kommende Sitzung am **25. September** wird durch die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz geleitet. Die Senatorin ist verhindert und wird durch den Staatsrat Herrn Dr. Schatz vertreten.
- Die letzte Sitzung in diesem Jahr am **20. November** unter der Leitung von Senatorin Schlotzhauer wird dann traditionsgemäß im Hamburger Rathaus stattfinden; der entsprechende Raum ist schon reserviert. An diesem Termin bleibt Zeit und Raum für eine Rückschau.

Workshop zur Erstellung des Abschlussberichts

- Gemäß Drs. 22/3791 ist auch zum Ende der Amtszeit des Integrationsbeirats der 22. LP ein Bericht vorgesehen: *„Ein weiterer Bericht über die Arbeit des Integrationsbeirats erfolgt zum Ende der Legislaturperiode. Zur Vorbereitung der jeweiligen Berichte wird die Sozialbehörde auch weiterhin in regelmäßigen moderierten Workshops mit den Beiratsmitgliedern die gemeinsame Zusammenarbeit reflektieren und bewerten.“*

- Der moderierte Workshop (insbesondere zur Erarbeitung einer Stellungnahme) soll im September stattfinden, voraussichtlich erfolgt die Moderation erneut durch die Lawaetz-Stiftung.

Social Media Post anlässlich der Bezirks- und Europawahl am 9. Juni 2024

- Ein Post wurde mit dem Team der Sprecher:innen abgestimmt und wurde am 3. Juni veröffentlicht.
- Ein weiterer Post zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2024 ist ebenfalls in Planung.

Forum WIR

- Die Beiratsmitglieder haben sich aus zeitlichen Gründen dagegen entschieden, beim Forum WIR am 28. Juni mit einem eigenen Stand vertreten zu sein. Einzelne Beiratsmitglieder werden aber in anderer Funktion auf dem Forum vertreten sein.

Dorothea Stille